

Unterhaken in der Krise?

IG Metall demonstriert Schulterchluss mit Kapital

Von Susanne Knütter

Alle 20 Minuten eine Pleite. Das ist der statistische Schnitt, schaut man auf die Anzahl der Insolvenzen im vorigen Jahr. Die Amtsgerichte registrierten 24.064 beantragte Unternehmensinsolvenzen, 10,3 Prozent mehr als 2024, wie das Statistische Bundesamt am Freitag mitteilte. Der Trend der Vorjahre setzte sich damit fort, wenn auch nicht so stark wie 2023 und 2024, als die Zahl der Unternehmen, die in die Insolvenz rutschten, jeweils um rund 22 Prozent zugelegt hatte. Nichtsdestotrotz: Ein ähnlich hohes Niveau war zuletzt 2014 registriert worden.

Die Zunahme der Firmenpleiten ist unter anderem eine Folge von zwei Jahren Rezession. Und auch in diesem Jahr dürfte die Zahl der Insolvenzen weiter steigen. Während 2025 die meisten Firmen im Bereich Verkehr und Lagerei, gefolgt von Gastgewerbe und Bau, aufgeben mussten, könnte es in diesem Jahr neben der Autoindustrie verstärkt das Gesundheitswesen treffen, wie aus Einschätzungen des Berufsverbandes »Insolvenzverwalter und Sachwalter Deutschlands« (VID) hervorgeht.

Dazu passen die Zahlen auf europäischer Ebene. Die Industrie in der Euro-Zone hat ihre Produktion zu Jahresbeginn gedrosselt. Die Fertigung in den 21 Staaten der Währungsunion sank im Januar zum Vormonat um 1,5 Prozent, wie das EU-Statistikamt Eurostat am Freitag mitteilte. Für die Nachrichtenagentur *Reuters* kam das überraschend, hatten von ihr befragte Unternehmen doch mit einem Zuwachs gerechnet. Besonders groß war der Rückgang in Irland. Einen relativ starken Zuwachs gab es dafür in Portugal. In Deutschland ergab sich laut Eurostat ein Minus von 1,3 Prozent.

Die IG Metall ist alarmiert. Doch statt ihre Abwehrkämpfe um die Verteilung der Krisenkosten zu verstärken, wird erneut der Schulterchluss mit Bundesregierung und Wirtschaftsverbänden demonstriert. Wenn aber alle so gut zusammenarbeiten, an wen richten sich dann die Forderungen nach »grundlegenden Reformen zur Stärkung des Industriestandortes«? An die Arbeiter? [Oder die 20 Millionen des Sozialstaatsbündnisses, das erst am 10. März vorgestellt wurde?](#) Die Botschaft des 2015 gegründeten »Bündnis Zukunft der Industrie« brachte BDI-Präsident Peter Leibinger am Freitag auf den Punkt: Es sei entscheidend, dass Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften sich nun unterhaken, um den Rückstand gegenüber den USA und China aufzuholen. IG-Metall-Vize Jürgen Kerner (SPD) kritisierte die Energiekosten und Abbauprogramme der Unternehmen. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) erinnerte an den durch staatliche Milliardenhilfen vergünstigten Industriestrompreis, wofür im Sommer ein »Förderregime« vorliegen soll. Die wichtigste Info jedoch war: Seit Beginn der Coronapandemie seien in der

Industrie rund 266.500 Stellen und damit etwa fünf Prozent der Arbeitsplätze vernichtet worden.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519150.wirtschaftskrise-unterhaken-in-der-krise.html>